

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Beobachtung: Tageblatt Riesa.

Zeitung Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1550
Girokarte Riesa Nr. 52.

Nr. 122.

Sonnabend, 29. Mai 1926, abends.

29. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Prostitutionsteuerungen, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeitungszeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Zelle Tarife. Gewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz steht. Schätzungen und Erfüllungsort: Riesa. Nichtlängige Unterhaltungsbeiträge. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verförderungsinstanzen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 99. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Revision des Dawesabkommen?

Anfang Juni wird in Paris eine Konferenz von deutschen und französischen Parlamentariern stattfinden, in der deutsch-französische Wirtschaftsprobleme und in erster Linie die Bedingungen der Anwendung des Dawesplanes besprochen werden sollen. Die Zusammenfassung dieser Konferenz — sozialistische und demokratische Elemente überwiegen — ist nicht dafür, dass an die Fundamente des Reparationsproblems nicht gerührt werden wird, sondern, dass nur die technische Seite der Sache behandelt werden wird. Es meinten sich aber die Anzeichen dafür, dass man allgemein die Reparationsregelung in ihrer jetzigen Fassung für stark reformbedürftig hält. So kündeten bekanntlich die "Times" an den Londoner Auseinandersetzung des britischen Reichskanzlers mit den Kombinationen, die einiges Aufsehen erregten. Deutschland halte den Bevölkerung für gelommen, eine umgehende Revision des Dawesplanes zu fordern. Diese Behauptung wurde zwar schlecht dementiert, sie ist aber vielleicht symptomatisch für die heutige Stellung der internationalen Öffentlichkeit zum Reparationsproblem.

Die erste Begeisterung über das Dawesabkommen hat sich inzwischen auch in gewissen deutschen Kreisen erheblich herabgesetzt. Tropfen wurde in Deutschland die Durchführbarkeit dieses Reparationsplanes bisher niemals offiziell in Zweifel gezogen. Um so mehrwürdiger ist es, dass gerade in dem Land, von dem man es am wenigsten vermuten sollte, nämlich in Amerika selbst, die Kritik am Dawes-Abkommen immer schärfere Formen annimmt. Die amerikanische Sektion der amerikanischen Handelskammer gab vor kurzem einen Bericht über die Wirtschaftslage Deutschlands heraus, in dem sie zu dem Schluss kommt, dass Deutschland schon jetzt die Grenze seiner Fähigkeit, Reparationszahlungen zu leisten, erreicht habe. Dies Urteil einer objektiven und an der Reparationsfrage nur abdienlich interessierten Körperschaft verursachte natürlich große Aufregung bei allen an den Reparationen Beteiligten, und die amerikanische Sektion überreichte daraufhin ihr Urteil, ohne aber die Voraussetzungen dazu unzuholen. Man erklärte, der Dawes-Plan habe von Anfang an keinen anderen Zweck haben sollen, als nur über die Amonosität unter den europäischen Mächten und die erste schwere Wirtschaftskrise in Europa hinwegzuhelfen. Dies Eingefühlndes Amerikas, das selbstverständlich das Renomme des Dawes-Abkommens, seiner eigenen Schöpfung, nicht verleihen durfte, ist immerhin bezeichnend. Eine der bekanntesten amerikanischen Wirtschaftsschriften, das "Journal of Commerce", betont in einem Artikel über den Dawes-Plan, dass Deutschland niemals in der Lage sein werde, den Höchstbetrag der Dawesleistungen aufzubringen, und zu transferieren, doch also der Dawes-Plan schon in aller nächster Zeit reif zum Abbau oder völliger Revision sei. Bereits nach zweijähriger Wirklichkeit des Reparationsabkommens kommt man also auch im Auslande dahinter, dass dies Abkommen doch nicht eine so günstige Lösung darstelle, wie man zunächst gedacht hatte. Die deutschen Kreise, die von vornherein die dauernde Durchführbarkeit des Dawes-Abkommens beweisen hatten, haben also mit ihrer Meinung nicht im mindesten Unrecht gehabt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir von dem Zeitpunkt, von dem ab die vollen Jahresleistungen beginnen werden müssen, noch weit entfernt sind. Die Schwierigkeiten sind aber auch schon jetzt bei weitem groß genug, um eine Revision des Dawesabkommens als unabdingt notwendig erachten zu lassen.

Allmählich nach hat das Dawes-Abkommen auch seinen Gegnern nicht das gebracht, was sie von ihm erhofft hatten. Es ist besonders für Frankreich durchaus keine Quelle ungetrübten Vergnugens geworden. Auf grohe Versicherungen kann Frankreich wegen der Schwierigkeit der Transferierung vorläufig nicht rechnen, und die deutschen Saarlieferungen, die den größten Teil der Reparationslasten ausmachen, sind für Frankreich aus Rücksicht auf seine Wirtschaft durchaus nicht sonderlich vorteilhaft. Eine Neuregelung des Reparationsproblems wäre also heute, wo die Voraussetzungen ganz andere sind als vor zwei Jahren, auch für Frankreich und die übrigen Reparationsgläubiger wahrscheinlich wünschenswert. Vielleicht stehen hinter der oben erwähnten "Times"-Meldung nicht deutsche, sondern französische Redaktionsmitäne.

Die ausländische Kritik, die ja bekanntlich einem Teil der deutschen Öffentlichkeit maßgeblicher ist als die inländische, beweist eigentlich auffällig klar, dass eine Revision des Dawes-Abkommens durchaus nicht so sehr von der Hand zu weisen ist, wie es das deutsche Dementi auf jene Meldung hin tat. Je eher zu einer Revision des Dawes-Abkommens, die sich schließlich doch nicht umgehen lassen wird, geschritten wird, um so eher wird es möglich sein, für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft endgültige und klare Voraussetzungen zu schaffen. Vorher wird auch kaum daran zu denken sein, dass sich aus der jetzigen schwulen Stelle der deutschen Wirtschaft ein Ausweg bietet.

Fortsetzung der Kämpfe in Marocco.

Erbitterte Kämpfe in Westmarocco.

Berlin. Wie aus Paris gemeldet wird, wird in Westmarocco noch weiter gekämpft. Ein großer Teil der Stämme im westlichen Gebiet, deren militärische Stärke man auf 20-50 000 Mann schätzt, wissen gar nichts von der Kapitulation Abd el Krim's. Den Flugblättern der spanischen Missionen scheinen sie offenbar keinen Glauben. Sie leisten erbitterten Widerstand.

Tanger. (punktverschieden.) Dem Korrespondenten des Daily Telegraph zufolge lehnen die Scheichsstämme in der Nähe von Tétouan den Kampf mit den Spaniern fort, die bei den letzten Kämpfen schwere Verluste erlitten hätten.

Der Feldzug geht weiter.

Paris. Die französische Heeresleitung befürchtet die Gefangenennahme Abd el Krim's politisch auszunützen. Seit gestern früh werden von Flugzeugen Aufzüge an die noch nicht besiegten Stämme abgeworfen, in denen ihnen die Kapitulation des Emirs mitgeteilt wird. Unterstellt bereitet man sich darauf vor, dass die militärischen Operationen noch längere Zeit in Austragung nehmbar werden. Der Osten des Reichsgebietes ist jetzt unterworfen, und es wäre möglich, dass die vereinigten spanisch-französischen Streitkräfte auf der Linie Penou—de Besca—Veraber eine neue Front bilden, was eine wesentliche Verstärkung der bisherigen Kampfslinie bedeuten würde. Vor dieser neuen Front breitet sich aber ein noch recht unfruchtbare und schwer zugängliches Gelände aus, das von spanischen Stämmen bewohnt ist, auf die die Gefangenennahme Abd el Krim's wenig Eindruck machen dürfte. Technisch liegen die Dinge im Westen, wo die Bergstämme Scheichsabs und Ghomras der französisch-spanischen Offensive vorläufig ein Ende gemacht haben.

Nach der Kapitulation Abd el Krim's erhält sich nun auch die politische Frage, wie sich das weitere Zusammenkommen mit Spanien, da sich das ganze Afrika in diesen Einflusszone fügt, gestalten soll. Es handelt sich vor allem darum, einen gemeinsamen

Plan für die Ausstellung des Afrikabreiches. Gestanzeln. Von spanischer Seite wird anscheinend geplant, in Ajdir, Alhucemas und Melilla große moderne Anlagen zu bauen. Angeblich hat Spanien bereits Versprechungen an amerikanische und englische Kapitalisten zur Ausbeutung der Eisen- und Kupferbergwerke in der spanischen Zone gemacht, die bisher im Reich Abd el Krim's waren. Frankreich seinerseits verlangt, sein Einflussbereich nach dem Osten des Uegha-Büffels auszudehnen, da dies von Bedeutung für die landwirtschaftliche Entwicklung des übrigen Marocco ist. Diese Ausdehnung müsste aber die Zustimmung Englands und Italiens auf Grund der internationalen Verträge erhalten. Inzwischen zeigt sich aber auch schon deren Rivalität. England und Italien melden ihre Ansprüche an und verlangen eine Revision des Status von Tanger.

Die Hebe gegen Deutschland.

Berlin. Wie gewisse französische Zeitungen die Gefangenennahme Abd el Krim's dazu benützen, um gegen Deutschland zu heben, das zeigt ein Artikel des "Petit Parisien", in dem der Berliner Korrespondent dieses Blattes, Loutre, folgendes schreibt:

Das Ende Abd el Krim's hat in Deutschland ein Gefühl tiefer Enttäuschung hervorgerufen. Die Blätter verbreiten sich in aufgeregten Berichten über die Niederlage des Führers und geben ihrem Erstaunen Ausdruck, dass er drei

Wochen nach dem Abbruch der Verhandlungen von Ibdida besiegt worden ist. Die Presse der Rechten sieht ihn als einen Mann, der Afrika vom französischen Joch befreien sollte, und sie schreibt, dass er militärisch nicht besiegt worden ist. Man sucht sich in Berlin, was aus den deutschen Generalstabsoffizieren werden sollte, die den Kampf der Stämme gegen Spanien und Frankreich leiten. (?) Es ist nötig, herauszufordern, dass diese Behauptungen des Berliner Korrespondenten des "Petit Parisien" der Wahrheit widersprechen. Niemals haben deutsche Blätter in dem Sinne geschrieben, dass Afrika vom französischen Joch befreit werden müsste. Loutre hat sicherlich in Berlin niemand gefunden, der schriftlich oder mündlich Besorgnis über die angeblich deutschen Generalstabsoffiziere geäußert hat, die den Kampf gegen Frankreich und Spanien im Afrikabecken geleitet haben sollen, schon deshalb nicht, weil es solche Generalstabsoffiziere nicht gibt. Sicherlich, dass Herr Loutre die ihm gemachte Gattfreundschaft dazu benutzt, um durch solche offensichtlich unrichtige und tendenziöse Behauptungen weite Kreise des französischen Volkes gegen Deutschland aufzuhetzen.

Abd el Krim noch in Targuit.

Paris. Nach einem beim Kriegsministerium eingegangenen Telegramm beabsichtigt Abd el Krim Targuit erst zu verlassen, wenn er sich über das Schicksal seiner Familie und seiner Güter vergewissert hat, die noch nicht in Targuit eingetroffen sind.

Primo de Rivera über Marocco.

Madrid. Wie berichtet wird, antwortete der spanische Präsident Pressevertretern, die ihn fragten, ob er den Augenblick als Glücksfälle für gefommen erachte: Die Lage ist sehr günstig, aber Glückswünsche werden erst am Platze sein, wenn die Stämme vollkommen entwaffnet sind und die bestreute Zone reorganisiert ist. Dann werden auch Truppen in beträchtlicher Zahl in die Heimat zurückkehren werden können. Sicherlich des Schicksals bestreiten, die von den Riffleuten nicht freigelassen worden sind bin ich skeptisch; denn die Berichte einer zurückgekehrten Sanitätskommission über den Zustand der Gefangenen werden trocken. Gleichwohl erachtete die Regierung ihre Vertreter und diejenigen der französischen Regierung, vom Führer der Aufständischen genauerer Ausklärungen über diesen Punkt zu verlangen, um Schritte zur Befreiung der feindlichen Gefangenen zu unternehmen und für den Fall, dass die Grundsätze der Menschlichkeit, auf die Abd el Krim sich so oft berief, verletzt werden sind, festzustellen, wen die Verantwortung trifft. Die spanische Regierung weiß noch nicht, in welcher Form sich der Akt der Unterwerfung des Führers der Aufständischen vollziehen wird. Sie ist aber davon überzeugt, dass der französische Oberkommandeur dem Sultan ein prunkvolles Ceremoniell empfehlen wird; denn ein solches würde nur eine bedauerliche Wirkung haben, da es sich einfach um einen Empörer handelt, der sich noch fürlich im Aufstand gegen die Autorität des Sultans befindet, und dessen Kriegsführung nicht immer ritterlich und loyalen Grundsätzen folgte. Besser als irgend etwas Beispiel zeigt dies die Weisheiten bei der Räumung des Berges Arrouit im Jahre 1921. Das Land muss auf jeden Fall überzeugt sein, dass die Regierung Klugheit mit Kraft vereinen und nichts außer oft lassen wird, um mit angemessener Aufmerksamkeit die Fragen zu verfolgen, die das Interesse und die Würde Spaniens so sehr angehen. Sie wird sich dabei weder durch Erfolge noch durch Glückswünsche ablenken lassen.

Hohe sämtliche Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sollten sich unter einem Dach, am zweitmäglichen in der Rechtsform der G. m. b. H. zu gemeinsamer praktischer Wohnungsfürsorge zusammenfinden, denn nur eine planmäßige Zusammenarbeit aller Organisationen, die eine Neugestaltung der deutschen Wohnungswirtschaft anstreben, könnte die endgültige Befreiung des deutschen Volkes aus Wohnungsknot und Wohnungselend verbürgen.

Die Verhandlungen gehen am Sonnabend weiter.

Die deutschen Mieter und die Wohnungsnot.

WDA. Im März begannen am Freitag die Beratungen des 21. ordentlichen Deutschen Mieterlates des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden), die bis zum 30. Mai andauern werden. Anwesend sind Delegierte der Länder und der preußischen Provinzialverbände. Von seiten gegründeten Internationalen Mieterbund in Bürich ist ein Begrüßungstelegramm eingegangen.

Nach einem Brief des Dresdner Baumeisters Seidler nahm der Bundesausschuss

zehn Beiträge

an, in denen u. a. gesagt wird: Die Wohnungsschlüsse der minderbemittelten und unbemittelten Volksschichten waren in Deutschland schon vor dem Kriege unbefriedigend. Die privatkapitalistische freie Bauwirtschaft hat sich als ungeeignet für die Wohnungsvorsorge der breiten Volkschichten erwiesen. Nur eine großzügige soziale Wohnungswirtschaft kann wirkliche Erleichterung aus der noch immer wachsenden Wohnungsnott bringen. Diese soziale Wohnungswirtschaft kann nur auf gemeinsamiger Grundlage gedeihen und muss aus der Haushaltsteuer dauernd zinslose Bauländer und Hypotheken erhalten. Alle am Wohnungsmarkt interessierten wirtschaftlichen Organisationen der Mieter, Siedler, Baugenossenschaften, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Kinderreichen, Bodenreformer und im besonderen

Seitzeitung der Opfer des Münchener Eisenbahnglücks.

München. Die 28 Opfer der Eisenbahnkatastrophe auf dem Münchener Ostbahnhof wurden gestern unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung auf vier Friedhöfen beigesetzt. An den Trauerzügen, denen Eisenbahn- und Postbeamte mit Fahnen vorausritten, nahmen je zwei Stadträte, die Sanitätskolonne und mehrere Vereine teil. In den Friedhofshallen wurden die Särge einzeln nach Harmonium- und Gesangsvorträgen aufgefegt. Darauf wurden die Leichen einzeln nach feierlicher Einlegung ins Grab gelegt. Unter den vielen Traurenden, die auf den Gräbern niedergelegt wurden, befanden sich auch solche der Stadt, der Reichsbahndirektion und der Post- und Eisenbahnbeamten.

Ein Kabinettsstück bayrischer Braunkunst ist „Würzburger Hofbräu“

Man verlange Vertreter: Rich. Schwade es überall. Riesa a. Elbe. Ferne 40.